

---

## AvD spricht sich gegen geplante Sperrung am Mainufer aus

Der Automobilclub von Deutschland hat sich gegen Pläne ausgesprochen, in Frankfurt am Main, Sitz der AvD-Zentrale, einen Abschnitt des nördlichen Mainufer für den Fahrzeugverkehr zu sperren. Die Stadt will zwischen Untermainbrücke und Alte Brücke täglich zwischen 19 Uhr und 6 Uhr sowie in den Sommerferien rund um die Uhr motorisierten Verkehr verbieten.

Die Ratsparteien Grüne, SPD, FDP und Volt wollen damit die Aufenthaltsqualität verbessern und Raum für Begegnungen. Das zeitweise Verbot wird als ein erster Schritt „zum komplett autofreien Mainkai“ angekündigt.

Aus Sicht des Automobilclubs ist das Vorhaben „eine sinnlose Einzelmaßnahme“, welches ohne Einbindung in ein Gesamtkonzept umgesetzt werden soll. Der Plan sei „nicht das erste Experiment“ auf dem betroffenen Straßenabschnitt. „Schon der vorherige mehrmonatige Ausschluss des motorisierten Verkehrs hatte erhebliche negative Auswirkungen auf die Verkehrssituation in der gesamten Frankfurter Innenstadt“, beklagt der AvD. Schließlich handele es sich hier um eine zentrale Verbindung zwischen den westlichen und östlichen Innenstadtbereichen. Eine Sperrung verlagere den Verkehr nur und belaste stattdessen das südlichen Mainufer. „Lange Staus auf wichtigen Durchgangsstraßen“ und längere Fahrzeiten auf den Umwegen seien die Folge. Dies belaste auch die Umwelt.

Der AvD erinnert daran, dass Frankfurt die „Pendlerhauptstadt Deutschlands“ ist. Für viele Menschen auf dem Weg zur Arbeit sei das Auto unverzichtbar, der öffentliche Personennahverkehr häufig keine Alternative. Oft fehle es den Pendlern an verfügbaren ÖPNV-Verbindungen, während gleichzeitig vorhandene Linien während der Stoßzeiten bereits an ihrer Belastungsgrenze operierten. Aber auch Wirtschaftsverkehre, wie der von Handwerkern und Dienstleistern sowie der Transport von Waren und Gütern seien auf die Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem Auto angewiesen.

„Der AvD mahnt mit vielen Verantwortlichen aus Wirtschaft und Politik an, nicht mit Schnellschüssen auf die Herausforderungen einer modernen Verkehrs- und Mobilitätspolitik zu reagieren“, äußerte sich AvD-Generalsekretär Lutz Leif Linden. „Statt autistisch untaugliche Einzelmaßnahmen zu propagieren, müssen alle vorgesehenen Maßnahmen zunächst auf ihre unmittelbaren und mittelbaren Folgen für die Frankfurter Verkehrssituation analysiert und evaluiert werden. Das darf aber nicht am lebenden Objekt und zu Lasten der Bürger geschehen. Hier erwarte ich die Nutzung moderner digitaler Simulationen. Auch sind die Verantwortlichen in Stadtverwaltung und Stadtrat in der Bringschuld endlich einen fachlich detailliert ausgearbeiteten Masterplan Mobilität umzusetzen, der alle Auswirkungen der Planungen auf Pendler, Wirtschaft und Bewohner bis hinein ins Umland erfasst.“ (aum)

---

## Bilder zum Artikel



AvD-Zentrale.

Foto: Auto-Medienportal.Net/AvD

---